

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Berbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Gezahnt gegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Nüidersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postkonto der Hauptklasse 9367 Berlin.

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: die vierseitige Seite 40 Pf.

Schriftleitung:
Berlin O, Nüidersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. s. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Reaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 45.

Berlin, den 5. November 1911.

12. Jahrgang.

 Kollegen, führt die Herbstagitation eifrig durch,
und bereitet die Winteragitation vor.

Die Teuerung vor dem Reichstag.

Fast vier Sitzungstage hat der Reichstag sich mit der herrschenden Teuerung beschäftigt, die Debatte wurde alsdann vertagt. Ob sie noch einmal aufgenommen wird im alten Reichstag, ist fraglich, jedenfalls wird sich der neue zum mindesten mit Einzelheiten beschäftigen.

Das Resultat der Verhandlungen ist zunächst die Feststellung, daß tatsächlich eine starke Teuerung besteht, die von der breiten Masse des Volkes sehr drückend empfunden wird. Die starke Preistiegerung erstreckt sich jedoch nicht nur auf Produkte, bei denen von einer wirklichen Miserie geredet werden kann, sondern zeigt sich auch bei den meisten übrigen Produkten der Kolonialwarenbranche. Die Preiserhöhung ist somit nicht allein in der schlechten Ernte zu suchen, sondern auch in anderen Ursachen. Als solche werden die Spekulation und das Hungernotgeschrei der radikalen Großstadtpreise, insbesondere der sozialdemokratischen Parteipresse, angesehen.

Besonders gelagert ist die Frage der Fleischversorgung. Ein Mangel an Schlachtwieh hat sich bisher nicht gezeigt, die Preisbewegung im Viehkauf ist teilweise niedriger, als im vorigen Jahre. Denngemäß steht die Preiserhöhung im Detailsverlauf, die jedoch nicht allein auf die Miserie entfällt, sondern auch, vielleicht sogar zum größten Teil, auf den Zwischenhandel. Infolge des Mangels an Futtermitteln und der erhöhten Preise für diese, wird jedoch die Einschränkung des Viehstandes befürchtet, so daß ein Mangel an Schlachtwieh erst für spätere Zeit erwartet wird.

Einig sind sich wohl alle Parteien, daß gegen die Teuerung etwas geschehen muß, nur in den Mitteln gehen die Meinungen weit auseinander. Die Sozialdemokratie fordert radikale Aufhebung sämtlicher landwirtschaftlicher Schutzzölle, die freiinige Volkspartei verlangt allmählichen Abbau derselben. Als sofortige Maßregel verlangen Befr. Nationalliberale, Freisinn und einige kleinere rechtsstehende Parteien die Aufhebung der Gemüsezölle, Auflösung der Einfuhr argentinischen Fleisches, auch vermehrte Zufuhr ausländischen Vieches, Zurücksetzung der Zölle für Mais und Futtergerste an die Viehzüchter, Reform der Einfuhrsscheine. Die Konservativen erwarten davon keine Besserung.

Die Regierung weist auf ihre gegen die Teuerung ergriffenen Maßnahmen, Heraabsetzung der Eisenbahnfrachten, Anweisungen an die Gemeinden zwecks Organisierung gemeinschaftlichen Einkaufs und an die Landwirte zur Aufrechterhaltung ihres Viehbestandes hin. Von den vorgeschlagenen Mitteln erwartet sie keine Besserung. Gemüse seien zu 93 Prozent zollfrei, die sieben Prozent könnten nicht in Frage kommen. Über die Einfuhr argentinischen Fleisches schweben noch Erhebungen. Von der Suspensionsierung der Futtermittelzölle erwartet sie ebenfalls nichts, da nur auf Mais und Futtergerste ein solcher ruht, die Miserie beim Mais jedoch kaum einen niedrigeren Preis erwarten lasse, der Futtergerstenzoll sei zu unbedeutend, als daß er von Einfluß auf die Viehhaltung sein könnte. Die Frage der Einfuhrsscheine hält der Reichskanzler für diskutabel. Die Reformvorschläge der verschiedenen bürgerlichen Parteien gipfeln darin, die Einfuhrsscheine als solche bestehen zu lassen, da ihre Notwendigkeit anerkannt ist, sie aber nur für die Einführung von Brotgetreide und Futtermitteln auszustellen. Die Einfuhr von Kaffee und Petroleum für ausgeführtes Getreide soll wegfallen. Ferner der Vorzugstarif für auszuführendes Getreide. Damit kann man sich einverstanden erklären.

Die Erklärung der Regierung kann nicht bestreiten. Gewiß, das Gemüse ist zu 93 Prozent zollfrei, aber die sieben Prozent sind gerade die, die für die untere Volkschicht in Frage kommen: Weiz- und Wirsingkohl. Von einer solchen Maßnahme würde insbesondere der Westen profitieren. Die Futtermittelzölle sollten den Verbrauchern zurückstatten werden, da es wohl richtig ist, was Abgeordneter Dr. Heim sagte, daß bei der enormen Steigerung unseres Viehbestandes auch die geringsten Schwankungen bei den Futtermitteln ihre Wirkung zum Ausdruck brächten. Insbesondere sollte mit einer vermehrten Fleisch- und Viehimporte, selbstverständlich unter Beobachtung der sanitären Maßnahmen, eingegriffen werden.

Die Regierung begründet ihre Haltung damit, daß es hier um eine Prinzipienfrage handle. Den zollgegnerrischen Parteien handelt es sich nicht um die Herbeiführung einer Indexierung der bestehenden Not durch Aufhebung einzelner Zölle, sondern um einen Angriff auf unser bewährtes Polizeiystem überhaupt. Ein Stein, aus diesem Gebäude herausgerissen, bedeutet eine allmähliche Abschöpfung desselben. Dazu könne sich die Regierung nicht herbeilassen, die Verantwortung gegenüber der Gesamtheit des Volkes

zwinge sie, diese Haltung einzunehmen. Zugem handele es sich nur um unbedeutende Vorschläge, von den Sozialdemokraten abgesehen, als daß diese eine wesentliche Besserung in der internationalen Teuerung herbeiführen könnten.

Gewiß war es der Regierung ein leichtes, die Wirkung unsers Schutzzollsystems an Hand reichen Zahlentmaterials zu demonstrieren. Darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit, daß Deutschland unter diesem System einen ungeahnten Aufschwung genommen hat. Aber wir stehen doch nun einmal unter außergewöhnlichen Verhältnissen, und diesen muß man Rechnung tragen. Das geht, ohne dem Prinzip etwas zu vergeben, da es sich eben nur um vorübergehende Maßnahmen handeln kann. Man muß von der Regierung erwarten, daß sie sich diesen Erwägungen nicht verschliebt.

Im übrigen war die Debatte stark von den bevorstehenden Reichstagswahlen beeinflußt. Insbesondere tat sich die Sozialdemokratie darin hervor, was aber nicht hinderte, daß sie stellenweise nur mit fünf Mitgliedern im Sitzungssaal anwesend war. Allgemein fiel auf, daß die sozialdemokratischen Redner nur die Bauern (Juncker), Regierung und Schutzzoll für die Teuerung verantwortlich machten, die Lebensmittelproduzenten, die Börsenjobber usw. aber vollständig ungelenkt ließen. Das ist zwar nichts Neues, aber immerhin bemerkenswert. Im übrigen haben die Verhandlungen doch Klarheit gebracht, die auf die ungerechte heutige Preisbewegung nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Verschiebe nichts, mein stummes Herz,
Auf eine bessere Zeit,
Auf Zeitverlust folgt Rev' und Schmerz,
Auf Trägheit Traurigkeit.

Heimatliche Arbeiterkurse.

Die soziale Arbeit ist der Nerv der Moderne; der positiv schaffenden. Der die bejähenden Kräfte des Lebens auf die einzelnen Zweige der Menschheitseiche ausströmt; den Neuen die Früchte zuführt und dem knospenden Fruchtansatz, dem offenkundigen Streben nach besseren Daseinsmöglichkeiten, die Entwicklungsfähigkeit verbürgt. Ein ungemein lebendiger Nerv! Und in seinem Blute pulsiert auch die soziale Studentenarbeit, die neuerdings in den heimatlichen Arbeiterkursen ihren Ausdruck findet. Heimatliche Arbeiterkurse! Was sollen sie darstellen? Welche Persönlichkeiten kommen für sie in Frage? Was sollen sie bezwecken?

Der Ausgleich der bestehenden Klassengegensätze und der Austausch der Erfahrungen und Ansichten von hüben und drüben sind das Erdreich, in denen alle soziale Studentenarbeit wurzelt. Auf diesem Boden stehen dann auch die heimatlichen Arbeiterkurse; sie sollen einmal die Vermittlung zwischen Student und Arbeiter anbahnen und bewerkstelligen, den Kontakt zwischen Geisteskraft und körperlicher Schaffensarbeit herstellen; dann aber auch die Früchte der höheren Bildung des einen dem andern zugänglich machen. Wenn der Student am Semesterschluss in die Heimat zurückkehrt, wenn er für lange Wochen das Buch der Wissenschaften geschlossen, dann schaut ihm das Leben, das schaffende, treibende Leben mit großem, offenem Auge entgegen. Da soll er hineinblicken, das Schöne schauen, das Nützliche erkennen und Antregung finden, das Fehlende zu ersehen. Die heimatlichen Arbeiterkurse bieten ihm einen gangbaren Weg, einen Weg, der ein Ziel hat und nicht endlos ist. Durch zehn Wochen hindurch im Herbst; an Ostern die halbe Frise. Und der Arbeiter, der sich ständig in diesem großen, offenen Auge des Lebens spiegelt, der in seiner unergründlichen Tiefe immer neue Bahnen entdeckt, denen sein wirtschaftlicher und kultureller Aufstieg folgen muß — er erkennt mit Genugtuung den Pfad, der ihn in den einzelnen Übungsstunden der Kurse vorgezeichnet wird. Und geht ihn gern! Das Leben, das er lebt, und die Zeit, der er dienst, sie weisen es ihm ja; der Ernst der Stunde zwinge ihn dazu.

Der Arbeiter des zwanzigsten Jahrhunderts hat erkannt, daß Hammer nicht und Säge, Meisel nicht und Messer allein die Tage schmieden. Dass die Faust nur dann die Waffe in den Wall der Hemmisse schlägt, wenn die Standesbildung sie führt. Und da merkt er die Lücke, das Fehlende, daß die heimatlichen Arbeiterkurse ersehen sollen. Gewiß: was er in der Schule gelernt, in der Fortbildungsschule

erweitert und festigt, das ist sein bleibendes Eigentum. Aber doch bloß in den grundlegenden Haupträumen. Die Feinheiten, das eigentliche kostbare und nutzbare, schleift des werkältigen Lebens rauhe Allgewalt gar bald. Auch der prächtigste Monumentalbau wird morsch, wenn er nicht weise unterhalten wird. So auch mit dem Wissen, das die Schule der Jugend gab. Das zunehmende Alter überwuchert es. Nun aber kommen die Studenten und mit ihnen die wöchentlichen Übungsstunden. Gewiß: keine erfahrenen Lehrer, keine geschulten Pädagogen, vor allem auch keine bezahlten, berufsmäßig wirkenden Kräfte. Dafür aber begeistert, entflammmt vom guten Willen bestellt, Gänze zu leisten; das Beste von ihrem eigenen zu geben; bestrebt, mit jugendlichem Feuerzeug mitzuheissen an dem Bau der Brücke, die die Gegenseite der Massengesellschaft verbinden soll. Und der vernünftige Arbeiter merkt, daß es ehrlich gemeint; ergreift darum froh die gebotene Hand und lernt so fast unbewußt erkennen, daß mit dem Bezug einer Hochschule für den Studenten unserer Tage nicht unbedingt das Herz abschauen auf die niederen Stände verbunden sein muß.

Was treibt man nun in den Kursen? Kann der junge Student dem gewiß oft älteren Arbeiter überhaupt etwas geben? Die bejahende Antwort liegt im Bemühen der Kurse. Hier werden keine philosophischen Knäuel entwirkt, keine „Schwierigen Fälle“ seziert; hier wird praktische Arbeit betrieben: alles das, was des Tages Kron von uns verlangt, die einfache, darum aber gründliche Rüstung an Waffen erfordert. Heimatliche Arbeiterkurse heißen ja diese Veranstaltungen; darum vor allem Pflege der Muttersprache; heutzutage schreiben. Und die wirtschaftliche Lage unserer Zeit, ihre vernünftige Beurteilung ist nichts anderes als ein gewaltiges Zahnenegemel mit vielen unbekannten Größen; das will auch vom einfachsten Arbeiter tagtäglich gelöst sein. Darum: Stechen! Und weiter. Wer ist heute nicht einem Verbande angegeschlossen! Die Führer schreiben, die Preisen laufen und liefern in ununterbrochener Reihenfolge dem Arbeiter sein geistiges Material: seine Aufklärung und Belehrung. Aber die Zeit ist ernst und ihre Probleme schwer. Schwer zu lösen, schwer zu erklären. Da muß manches Wort geschrieben, gedruckt werden, das selbst wieder der Erklärung bedarf. Darum: Fremdwörterklärung. Doch der Geist will mehr; darum Landeskunde, Gesellschaftslehre, Heimatkunde u. dgl. mehr. Ist da nicht für jeden streben den, denkenden Arbeiter ein Teil, der ihn reizt, demnächst mitzumachen?

Und dann: die Frucht der heimatlichen Arbeiterkurse ist für das Leben bestimmt; darum die Mittel, mit denen sie zur Reife gebracht werden, aus dem Leben! Der Student ist kein Schulmeister und der Arbeiter kein Ab-Schüler. Was für die eigentliche Schule gut und wertvoll, passt selbstverständlich nicht mehr für den Geistfreien. Und liegt ihm auch nicht! Dem Studenten noch weniger wie dem Arbeiter! Datum herrscht in den heimatlichen Arbeiterkursen die praktische Unterweisung an Hand der realen Dinge, die der Tag uns bietet. Was sind nicht für prächtige Zahnenegemel aus den Sicherungstarifen, den Lohntarifen usw. zu entnehmen? Wie schön läßt sich z. B. ein Fahrplan zur Aufklärung, Belehrung verwenden? Wie gerne werden die Arbeiter bei der Lektüre eines interessanten Theaterstückes des Dichters und Denkers größere Lebenserfahrung sich zu eigen machen? Vielleicht dasselbe Stück, das man im Winter im Verein spielt!

Zuletzt noch eins. Die Kurse sind kostenlos. Sind Herzenssache der Veranstalter und darum wertvoller als bezahlter Dienst. Sind vor allem aber auch eine unzählbare Stufe auf dem Weg zur Höhe des gegenseitigen Erkennens, des wechselseitigen Ausgleichs. Der Student lernt erkennen, daß in den arbeitenden Stämmen immer noch die Wurzel der Volkskraft ruht. Und mit dieser Erkenntnis kommt die Wertschätzung der unwürdigen gefundenen Verstandes Kraft. Eine Wertschätzung, die fürs ganze Leben vorhält und den Gesellschaftsstrukturen garantiert. Der Arbeiter aber wird einsehen, daß Band und Mütze sich nicht über Schürze und Kittel erhaben dürfen, daß alle, die im Städte gehen, der Arbeit auf ihren Schultern tragen und daß sich darum auch alle einzufühlen in dem gemeinsamen Kampfe um des Lebens Not. Mögen darum recht viele Arbeiter auch in den kommenden Monaten an den heimatlichen Arbeiterkursen teilnehmen; mögen die Kurse selbst manchen festen Bund der Männer der Kraft, der Arbeit und des werkältigen Vollbringens mit den Jüngern der geistigen Betätigung her vorbringen!

Schneider

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine Gefahr für das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Aus Rüthenberg wird uns geschrieben:

Seit 15 Jahren ist unser Mitglied Bolland bei der Firma Lauber beschäftigt. Am 29. September verlangten die dort beschäftigten 80 "Genossen" keinen Nebeneintritt zu den sozialdemokratischen Verbänden. Als er dies ablehnte, traten sie einfach in den Streik. Nach dreifürdiger Dauer ging Bolland, um der Firma weitere Schäden zu ersparen, freiwillig auf eine andere Arbeitsstelle.

Am 5. Oktober fanden unsere Mitglieder Häfner und Wolfram bei der Firma Hubert Arbeit. Nach einigen Stunden verlangten die dort arbeitenden 80 "Genossen" auch von Ihnen sich in die rote Abwangsade stehlen zu lassen. Als Sie das nicht wollten, freiteten auch hier Hanstule "Genossen" nach der Mittagspause. Um 2 Uhr machten dann Häfner und Wolfram entlaufen werden. Ein Teil der Gewerkschaften hat sechs kleine Kinder. Der Vertreter unseres Verbandes, der die Sache auf der Baustelle zu schlichten versuchte, erklärte die "Genossen": "Wir arbeiten einfach nicht mit Ihnen". Auf den Vertrag eingesam gemacht, schrien sie: "Was im Vertrage steht, geht und gar nichts an." Als dann die Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes in gewissem gezeigt und erzählt wurde, die Sache zu schlichten, erklärte diese: "Über solche Sachen rede ich überhaupt nicht mehr". Damit ist auf neue der Beweis geliefert, daß die Führer den Vertragsbruch billigen. Da nun in der Sache nichts mehr getan wurde, befand sich am 24. Oktober die Schlichtungskommission mit derselben. Werktüdigerweise befragten die Genossen Herrn durch den Gewerkschafter Promm vom sozialdemokratischen Zimmerverband die Unzufriedenheit der Schlichtungskommission, weil der in Frage kommende Arbeitgeber dem Arbeitgeberkunde nicht angehört!! (Sie gut doch diese Herren den § 10 des Vertrages und den § 4 der provokativen Erklärungen kennen!) Herr Promm wagte sogar, noch zum besten zu geben, als er auf die genannten Paragraphen hingewiesen wurde, daß sich die Beurteilungen des § 10 nur auf Lohn und Arbeitszeit beziehen!!! Doch alles Einüben half nichts. Die Kommission entschied die Zuständigkeit. Nach Klärung des Falles wurde ein Antrag angenommen, der das Verhalten der "Genossen" als einen Verstoß gegen den Vertrag bezeichnet.

Was sozialdemokratische Gewerkschaftsbeende fertig trieben, bewies der Lokalbeamte Siegler. Er meinte, die Ausführungen unseres Kollegen Sang würden sie nicht bestreiten, aber trocken wies der Vorsitzende ein solches Szenario gebührend zurück.

Um sich der "Grundstein" auch gewiß zuwerfen, wie er das in seiner Art. 10 genau hat, siedeln: "Die Christlichen sind eine Lügengesellschaft. Wir wollen sie nicht liegen lassen nach dem Grundstein. Der Deaf erkennt, befindet sich." Sang deutet sich Lügen aus und nimmt sie dann als Wahrheit an. Sicherlich auch bringt es der nach dem Stütze künftig handelnde "Grundstein"-Schreiber fest, der Offenheitlichkeit vorzuhanden, es habe überhaupt keine Schlichtungskommissionssitzung stattgefunden. Ja Punts Lügen ist den heutigen "Genossen" nun einmal kein Beispiel zu schwierig. Diese würden sich sonst doch gewiß nicht erfreuen, in der Offenheitlichkeit von "Grundstein" zu sitzen, wo allein im Handelsverband in Rüthenberg seit Mai & J. 25 Fälle zu verzeichnen sind, die untersucht wurden. Mit einem Teil derselben hat sich auch die Schlichtungskommission befasst. Das könnte aber in, daß der "Grundstein" den Terrorismus erst überzeugt und dann einige Zeilen weiter schreibt, er wäre ihm nicht bekannt. Eine sonderbare Logik, die des "Grundstein", das zu lesen, was er nicht kennt. Und solcher Stoff in jenen Zeilen gut genug? Doch der "Grundstein" kann es wissen. Auf das Bürgengewerbe im roten "Stadtteil" einzugehen, ist uns die Zeit zu schade.

Dann ist den Gewerken auch schwer auf die Arten gefallen, daß auf der letzten Gewerkschaftsversammlung unseres Verbandes, nachdem dort die vielen brutalen Terroranschläge der blauen Zeit gefüllt waren, wie die "Genossen" die christlichen Arbeiter mit ihren Räumen dem Hunger überließen, wie sie die christlichen Arbeiter auf den Arbeitsstellen Tag für Tag mit den gemeinsamen Mitteln bekämpfen, Stimmen laut werden, daß die christlichen Arbeiter unter diesen

unmenschenlichen Zuständen zunahmen geschiehlich noch lieber wären. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Leute, die die Pflegeleidungen der christlichen Arbeiter gewissermaßen als Sport betreiben, darin etwas Besonderes erblicken. Was glauben unsere roten Brüder denn? Sicherlich, daß die christlichen Arbeiter vogelfrei wären? Dass sie sich von einem gerechten sozialdemokratischen Stahlring unter Zustimmung der Führer brotlos machen lassen müßten? In solch roher Art, wie sich heute die sozialdemokratischen Gewerkschaften an der Freiheit der christlichen Arbeiter vergreifen, kann der Gesetzgeber nicht vorgehen. Größere Rotheiten, als Damwildwäter in einer sozialen Zeit, noch arbeitslos zu machen und ihnen damit das Leben noch um so mehr zu verfallen als es ohnehin schon ist, lassen sich doch auch kaum denken. Glauben denn die sozialdemokratischen Gewerkschaften wirklich, daß die christlichen Arbeiter nur deshalb in der Welt wären, um diese Rotheiten auf die Dauer stillschweigend hinzunehmen? Dass sie nur deshalb da wären, um sie für den Prügelstrafen abzugeben, an dem sie ihren Platz fühlen könnten, wann und wo es ihnen passte? Wie es scheint, sind etliche "Genossen" schon der Ansicht, daß sie bereits im "Funktionsstaat" leben.

Aber nein, auch die christlichen Arbeiter haben heute noch ein Recht. Und wenn man ihnen das in solch gemeiner Weise raubt, wie es von den "Genossen" geschieht, dann wehren sie sich bis zum Teufelskriechen.

Wir fragen die Genossen: Wer ist es denn nun, der den Boden für Auszuhmegezepte bereitet? Sind es die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit ihrem unerhörten Terrorismus oder die christlichen Arbeiter, die sich gegen denselben wehren? Sicherlich wird darauf auch der Gauleiter Merdel in Münster eine Antwort wissen. Es braucht sich dabei aber keine Lügen auszudenken, sondern darf gleich die Wahrheit sagen.

Die christlichen Arbeiter wollen weiter nichts, als daß auch

ihnen die Freiheit der Arbeit wieder geöffnet wird, daß man sie auf den Arbeitsstellen ungehindert lässt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben es ja in der Hand, dies zu veranlassen. Hoffentlich ändern sie noch in zweiter Stunde ihre Praxis, damit gesetzliche Maßnahmen überflüssig werden, die unter Umständen der gesamten deutschen Arbeiterschaft von Nachteil sein könnten. Sie werden also zu beweisen haben, ob es ihres Ernst ist mit der Vertretung der Arbeiterschaften.

Leider sind bis jetzt glückliche Aussichten nicht vorhanden. Auf der jüngsten Kartellkonferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Rüthenberg wurde seitens der Führer die Parole ausgegeben, die Christlichen in Zukunft noch mehr zu befähigen. Und das wollen Arbeitervertreter sein, die trotz des Vertrages den Terrorismus von mäßigender Stelle aus propagandieren, die den Vertragsbruch nicht nur sancionieren, sondern auch befürworten und damit dem Gegner des Koalitionsrechts die gewerkschaftliche Freiheit in die Hände spielen? Begehen solche Menschen nicht Frevel an den mildesten Erzeugnissen der organisierten Arbeiter? Sind sie nicht schlimmer als die, welche den Terrorismus ausführten, die mit Werkzeugen in der Hand solcher gewissenlosen Führer?

Und da fragen wir nochmal: Wer ist es, der das Koalitionsrecht gefährdet? Wer ist es, der den Gewerkschaften dessen anzulegen besteht? Auf dem "Grundstein"-Artikel selbst haben wir nur zu sagen, daß man schon ganz hilflos sein muß, um dazu verurteilt zu sein, mit jolden persönlich gehässigen, verlogenen Mitteln zu arbeiten, wie es dort geschieht ist. Das Lüge, Verleumdung und Schreibmeidung zum Leben der Sozialdemokratie gehören, was längst bekannt. Das aber selbst der eine oder andere Gewerkschafter, dem wie noch etwas Lustiges zugemessen hätte, sich nicht schämt, in der Deffensivität mit solchen Mitteln zu operieren, war mir nicht recht erkläbar. Es kann uns sehr fast loslassen, wenn Leute, die so mit der Lüge verwandt sind, uns wider besseres Wissen der Lüge zeichnen. Die Schlichtungskommissionssitzung hat ihnen die Antwort gegeben.

Rundschau.

Die Rentwahlen zum Reichstag wurden von der Regierung auf den 12. Januar 1912 festgesetzt.

Entscheidungen. Denn während die "Bürger", wie erwähnt, bereits persönlich freie Leute waren, trugen die übrigen Bewohner der Städte noch die Fesseln des Feudalismus und der Körigkeit.

Die persönlich nicht freien Stadtbewohner mußten noch Tribut bezahlen, und dieser Tribut machte oft einen großen Teil des Bediensteten aus. Zum Beispiel ein Gefüster und Kommissar des Territorialherrn, dem die Stadt untertan war, in die Stadt, so mußten die höhigen Einwohner die verschafften Lasten tragen; die Bäder mußten den vornehmen Herrn und seine zahlreiche Gefolgschaft mit Badewaren beliefern, die Magde waren zur Lieferung der notwendigen Fleißerien verpflichtet, die Brauer hatten für die Heranbildung des Bieres zu sorgen, die Schmiede mußten die Pferde der Reisegesellschaft befreien, und so mußte jedes Landesmarkt eine besondere Verpflichtung übernehmen. Bleib so ein vornehmer Herr, wie das öfter vorher, längere Zeit in einer Stadt, so bediente das für die dort ansässigen unfreien Handwerker eine schwere Last, eine Steuerbedeutung, wie sie häufiger waren, umso leichter werden konnten. Denn alle diese Leistungen mußten gänzlich umsonst getan werden; sie rührten eben auf der Körigkeit, eine besondere Forderung für die "Einwohner" der Städte, für die zahlfreien Leute, war wohl das sogenannte Kapitament, das Baudteil oder Gemeinde teil. Dieses Recht behielt darin, daß sich der Leibherr und in dessen Stellvertretung der Vogt beim Ende eines nichtfeindlichen Einwohners nach freier Wahl des heile Stadt aus dessen Haushalt erneigen konnte. Auf dem Lande wußte sich der Leibherr gewöhnlich das heile Stadt, baute auch noch der Leibherr "Befehl"; in den Städten aber, wo auch unter den Handwerkern der Befehl genahm, konnte sich der Vogt oft viel höhere Werke erheben, welche er gegen die Familie eines Verkörperten mit besonderer Liebe hielte über deren Erbahnung die Leistung der Familie in großer Rücksicht. Gegen dieses Recht, das mit jedem Ende zum Einsatz wurde, weil es den Einwohnern der Städte die Freiheit ihrer Arbeit rauschte, richtete sich der Vogt der Innenstadt Stadtbewohner ganz besonders, und im Jahre 1024 kam es aus diesem Grunde zu einem sehr erstaunlichen Kampf in Köln a. d. Rhein und mehr hatten unter dieser Forderung auch freie Bürger und deren Familien zu leiden. Es hätte nun natürlich das Schiedsgericht herangezogen, doch auch Gewerken und freien Bürgern die Steuerlast zu tragen helfen, wenn diese Gewerken vor ihrer Verurteilung auf die Straße getrieben wären. Diese Verhältnisse bestanden bis ins 12. Jahrhundert und für viele Städte noch weit über diese Zeit hinaus.

Zum 2. Die andere Stadtklasse, die es erreichte, daß die christlichen Bergbauern, mit der Stadt bis ausserhalb, was sie waren nicht nur bestellt, die Stadtrechten ihrer Herren wahrschafften, lebten auch darin, daß die eigenen persönlichen und persönlichen Güter nicht zu kurz kamen. Es war als die "Bürger" sahnen die "Bürgerväter" diese

"Leipziger Volkszeitung" Möddin. In einem die Reichstagswahlkampf betreffenden Artikel schreibt die "Germania" auch jeder Abländer, der sich zu uns rechnet, daß sie den Wahlveranstaltungen. Wir rechnen vor allem auch auf die Führer der christlichen und katholischen Gewerkschaften, jene Trixier im Kampf, denen der schwere Streit gegen bis die christlichen Frauen, die anspornen und anfeuern sollen, wie es die Genossen tun, wir rechnen auf die christlichen Dungmannschaft, die sich im Streit zum erstenmal bewähren soll, und wir rechnen, und darin haben wir uns noch nie verrechnet, auf den Bauer und Klersmann draußen im Lande, unsere treuesten Helfer, die nicht dulden werden, daß Ihr Glaube gekreuzt, Ihr monarchisches Gefühl verlegt, ihr Boden, den Sie bebauen, entwertet wird."

Das veranlaßt die "Leipziger Volkszeitung" (Nr. 251) zu folgendem Schluss:

"Die Trixier (Kerntruppen D. R.) des Zentrums sind also die Führer der christlichen und katholischen Arbeiterchaft, das heißt der christlichen Gewerkschaften. Das ist ja nichts wesentlich Neues, aber immerhin als Gesündnis zu registrieren."

Möddin, weiter nichts. Daran ist das Blatt ja nicht arztlos. Dass die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften außerhalb derselben, soweit sie dem Zentrum angehören, in dieser Partei ihre Schuldigkeit tun, ist natürlich ebenso sicher, wie das für ihre Mitglieder, die der nationalliberalen, konservativen, christlich-sozialen oder einer anderen bürgerlichen Partei angehören, zutrifft. Worauf es ankommt, ist, ob die christlichen Gewerkschaften in den Dienst einer bürgerlichen Partei gestellt werden, ihre Mitglieder zur Wahl bestimmter Kandidaten aufzurufen, oder diese mit Geld unterstützen. Dafür bringt man uns den Beweis. Weil das die rote Presse nicht kann, geht sie auf Schwelgen aus und landet beim Möddin."

Die christlichen Gewerkschaften Oberschlesiens und die Leitung. Die christlichen Gewerkschaften von Siemianowiz und Laurahütte richten an die Gemeindeverwaltung genannte Orte folgende Eingabe:

"Seit Jahren bleibt der Jahresverdienst der oberösterreichischen Arbeiterschaft, der Berg-, Walz-, Hütten- und Bauarbeiter usw., weit hinter demjenigen der Arbeiter anderer Teile Deutschlands zurück. Der oberösterreichische Bergarbeiter hatte durchschnittlich im Jahre 1910 an Jahresverdienst rund 421 M. weniger als der Bergarbeiter in Westfalen, mit den Hütten- und Walzarbeitern ist es noch schwächer gestellt. Außerdem sind im vergangenen Winter auf den hiesigen Berg- und Hüttenwerken zahlreiche Feiertagsfeiern eingelebt worden, wodurch das Einkommen der Beteiligten noch weiterhin zurückgegangen ist. Nun hat noch dazu die anhaltende Dürre eine enorme Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel zur Folge gehabt, die besonders die arbeitenden Stände schwer belastete, so daß die normale Lebensweise derselben sehr gefährdet ist. Zur Besserung dieses Zustandes hat die Staatsregierung auf wichtige Lebensmittel, Kartoffeln usw., Notstandstage eingeführt. Zahlreiche Kommunen sind durch Errichtung städtischer Ein- und Verkaufsstellen für Lebensmittel bestrebt gewesen, an ihrem Teil dem Notstand zu steuern. Neben von diesen ergrienen Maßnahmen wäre es für die hiesige Gemeinde angebracht, den Händlern den Anfang von Lebensmitteln auf dem Wochenmarkt während der jetzt herrschenden Leitung zu begrenzen, damit die armes Bevölkerung ihre Kaufkraft unbeschrankt vorher erlebigen kann. Das Bestreben der Händler geht nämlich dahin, die verfügbaren Lebensmittel an sich zu reißen und sie dann mit hohem Preis weiterzubefeuern, wodurch die Preise noch künstlich in die Höhe getrieben werden. Angesichts der Leitung aber wäre es angebracht, solchen Manipulationen entgegenzutreten. In Erwägung aller dieser Umstände ersuchen die Mitglieder der unterzeichneten Verbände die wohlhabende Gemeindeverwaltung, auch diesseits geeignete Schritte zur Bekämpfung der Notstandssituat zu wenden."

Der Düsseldorfer Krankenkassenfond hat sich in äußerst bezeichnender Weise weiter entwidelt. Bekanntlich verfügte die sozialdemokratische Presse die gerichtlich erwiesene sozialdemokratische Partei- und Gunstlingswirtschaft mit dreier Stern abzuleugnen oder sogar ins Gegenteil

Datum; an diesem Tage waren es 800 Jahre, daß mit der persönlichen Freiwerbung der bis dahin unfreien Bewohner der deutschen Städte der Anfang gemacht wurde. Wegen der großen Bedeutung, den diese beiden "Gnadenbriefe", von denen der eine in Metall gegossen Jahrhunderte lang über dem Tore des Minsters in Speyer befestigt war, für die deutsche Städteentwicklung hatten, wollen wir die beiden Dokumente hier hinzusehen: "Allen, unseres Herrn Christi und uns Getreuen, sowohl Gegenwärtigen als Zukünftigen, jagen wir hiermit zu wissen, wie wir um der Seligkeit unserer lieben Vaters, des Kaisers Heinrich, gesegneten Gedächtniss willen, auf Anraten und Bitten unserer Fürsten, der Erzbischöfe Friedrich von Köln und Bruno von Trier, so wie des Bischofs Bruno von Speyer, Kunz von Straßburg, Ulrich von Konstanz, Otto von Bamberg, Burchard von Münster, Hermann von Augsburg, und des Grafen von Calw, Bellern, Dillingen, Sulzbach, Geldern usw., am Tage der Leichenbestattung (des verstorbenen Kaisers) beschlossen haben: daß alle diejenigen, welche gegenwärtig in der Stadt Speyer wohnen oder künstlich Einwohner derselben werden wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit, daß Niemand, sei er hoher oder niederer Standes, weder Vogt noch Erbherr, sich unterlange, von dem Hausrat eines Sterbenden irgend etwas an sich zu nehmen, vielmehr daß alle Einwohner derselben derselben weichen wollen, mögen sie kommen, woher sie wollen, noch sonst Standes sein welches sie wollen, von dem unruhigen und unrechtmäßigen Gesetz, von eines jeden Eigentum das Teil zu nehmen, welches man Baudteil nennt und durch welches die ganze Stadt in Armut verfallen ist, hiermit entbunden werden und wir dies Gesetz für sie und ihre Nachkommen aufheben. Ebenso unterlagen wir hiermit

umzuladen. Der Vorstand der Kasse erließ eine öffentliche Erklärung, daß der Prozeß ein ganz falsches Bild der Zustände in der Krankenkasse ergeben habe und daß in einem neuen Prozeß die reine Wahrheit gerichtlich festgestellt werden solle. Von dem hier angeklagten Prozeß hört man jedoch nichts, trotzdem von christlicher Seite absichtlich neue Handhaben für eine Anklage geboten wurden. Ebenso ist es in der sozialdemokratischen Düsseldorfer Volkszeitung auffallend still geworden.

Aber etwas anderes hat sich inzwischen ereignet. Infolge des Prozesses hat sich die Aufsichtsbehörde mit der Düsseldorfer Kasse — so wurde sie von der sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung in Köln noch nach dem Prozeß bezeichnet — etwas näher beschäftigt. Und Mitte Oktober ist der Geschäftsführer Lehner, Obergenosse und Inhaber der Konzession des Düsseldorfer sozialdemokratischen Volkshauses, ohne Kündigung entlassen worden. Der rote Frankensumpf in Düsseldorf scheint mithin in Wirklichkeit noch schlimmer zu sein, wie durch den Prozeß bekannt geworden ist.

Wann ist's der roten Presse recht zu machen? Der Leipzig Arbeitgeberbund f. d. B. erließ folgendes Birkular an seine Mitglieder:

Verband der Bauarbeiter für Leipzig und Umgegend.

Leipzig, 12. Oct. 1911.

An die geehrten Mitglieder!

Nach dem Tarifvertrag beträgt die Arbeitszeit vom Montag, 16. Oktober, bis Freitag, 3. November,

8½ Stunden.

Beginn früh 7 Uhr, Feierabend 5 Uhr,

ohne Werkpause.

Die Arbeitszeit für die übrigen Wintermonate ist aus § 2 des Vertrages zu ersehen.

Wir empfehlen wiederholt, jedem Polier einen Tarifvertrag einzuhändigen und ihm die genaue Beachtung der Vertragsbestimmungen zur Pflicht zu machen, damit nicht den Arbeiterverbänden fortgesetzt Grund zu Beschwerden gegeben wird.

Die Verträge werden vom Geschäftsaal in jeder beliebigen Anzahl abgegeben, es sind auch solche in Plakatform zum Aushang in den Bautüren vorräufig.

Der Vorstand. Enke, Vors.

Statt dieses Streben anzuerkennen, oraclest die „Leipziger Volkszeitung“ von „Eingeständnis“ des „Oberschmieders Enke“, von „weiterträchzen“ der „alten Scharfmacherraben“ usw. Richtig zu machen ist dieser Sorte Presse wirklich nichts — solange es nicht ihrem politischen Agitationsbedürfnis entspricht.

Eine Lohnbewegung in der Ziegelindustrie. Der Centralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter und der Gewerbeverein der Zieglerei in Lippe haben gemeinsam an die Ziegelseitzer sowie an die verschiedenen Organisationen der Ziegelindustrie die Wünsche der Ziegelseitzer auf eine 12prozentige Lohn erhöhung, 14tägige Kündigungsfrist und 14tägige Lohnzahlung eingereicht. Die Löhne der Ziegelseitzer schwanken zwischen 700 und 950 M. pro Jahr bei 12stündiger Arbeitszeit. Verschiedene Ziegelseitzer haben die Berechtigung der Arbeiterwünsche in Briefen an die beteiligten Arbeiterverbände anerkannt. Der Verband der rheinisch-westfälischen Ziegelseitzer hat eine Prüfung der Forderungen in Aussicht gestellt und will erst noch seine Mitglieder hören. Auch in einer Vorstands- und Ausschüttung des Centralverbandes deutscher Tonindustrieller zeigte man sich bereit, in eine Prüfung der Angelegenheit einzutreten.

Nummertritt aber die Fachpresse der Ziegelindustrie, allen voran die „Tonindustrie-Zeitung“, den Wünschen der Arbeiter und namentlich auch der Organisationen mit einer Schärfe und Leidenschaftlichkeit entgegen, die geradezu aufreizend wirken muss. Unter der Überschrift „25 Prozent Lohn erhöhung“ wird in den Kreisen der Ziegelseitzer der Anschein erweckt, als ob die Arbeiter 25 Prozent Lohn erhöhung verlangt hätten. Auch der sozialdemokratische Fabrikarbeiter-Verband, bzw. dessen Organ, der „Proletarier“, sucht in seiner Nr. 42 die Ziegelseitzer gegen die Arbeiter scharf zu machen. Die Ziegelseitzer wären noch in zu geringer Anzahl organisiert, die beiden (nicht sozialdemokratischen) Verbände hätten kein Geld, die Bewegung zu führen u. a. m. Eine nette „Arbeiter“-Organisation, dieser sozialdemokratische Fabrikarbeiter-Verband. Sowohl das Unternehmerorgan, die „Tonindustrie-Zeitung“, wie auch der sozial-

haften Verein der Bürger dieser Stadt, so sie uns stets erwiesen, dieselbe (nämlich die Stadt) vor allen anderen zu erhöhen, und verfügen somit Kraft unserer kaiserlichen Würde, auf Beirat unserer Fürsten: daß sie frei sein soll von allen Höfen, welche die Bürger derselben bisher zu geben gehabten waren, namentlich entheben wir sie des Bannpfennigs (Strafgelder) und jenes, den man den Schaffpennig (Vermögenssteuer) zu nennen pflegte, so wie auch des Pfeffers (Pfeffer wurde als Poll gegeben), der von ihnen Schiffen genommen wurde. Wir wollen ferner, daß keiner unserer Bürger genötigt werden könne, außerhalb der Stadt sich einem Vogt oder Gericht zu stellen, noch von irgend einer außerhalb der Stadt befindenden Schatzung in bezug auf sein Vermögen unterworfen werden könne. Ferner wollen wir, daß darüber kein Amtmann, oder sonst eines Herrn Botschafter, in seines Herrn Namen oder Dienst von einem Brodtwärter, Meier oder sonstemand, weshandwerks er sei, sich unterstehe, etwas abzufordern, oder gegen den Willen der Besitzer zu nehmen. Auch soll kein Amtmann Wein, welchen man gewöhnlich Bannwein (die kaiserlichen Beamten hatten bis dahin das Recht, an bestimmten Tagen wie Fahrmarkttagen usw. Wein auszuschenken) neunt, verkaufen, noch irgend eines Bürgers Schiff, wider bessres Willen, zur Ausführung ihm aufgetragener Dienste seines Herrn bequehmen und gebrauchen. Wir gebieten ferner, daß von keinem Bürger, der sein Eigentum auf seinen eigenen oder begleiteten Schiffen führt, irgendein etwas abgefordert oder abgenommen werde. Auch soll keine Macht die Münzen verringern oder leichtern, außer daß die Bürgerschaft ihre Genehmigung dazu gegeben habe. Es soll von ihnen Niemand im ganzen Bistum, noch sonst in Orten, die zum Reich gehören, Höfe, und zwar solche einfordern, die ausschließlich zum Außen des Reichs gehören. Wer Haus und Hof über Jahr und Tag besessen ohne Einrede, der soll Niemand darüber Recht und Antwort zu stehen schuldig sein. Eine Klagefahne, die in der Stadt ist anhängig gemacht worden, soll weder der Bischof noch sonst eine Macht außerhalb der Mauern zu ziehen berechtigt sein.

Mit diesen „Gnadenbriefen“, die noch andere Freiheiten zugestanden, war, wenigstens in Speyer, die Hödigkeit für alle Einwohner bestätigt und die Selbstverwaltung der Stadt gefestigt. Es dauerte aber noch ziemlich lange, ehe auch anderen Städten gleiche Zugeständnisse gemacht wurden; Straßburg z. B. erhielt als zweite Stadt im Jahre 1129 die gleichen Rechte, Worms im Jahre 1180. Zu diesen anderen Städten wurde aber die Abhängigkeit der Einwohner von den Territorialherren erst im 13. und 14. Jahrhundert aufgehoben.

Abdruck Michel, Berlin.

demokratische Fabrikarbeiter-Verband schenkt dasselbe Blatt zu versorgen, eine friedliche, beide Teile befriedigende Verständigung in der Ziegelindustrie zu hindern.

Fabrikarbeiter-Kluspernung in Westfalen. Im Minden-Ravensberger Land sind seit zwei Wochen die organisierten Fabrikarbeiter ausgepeppt. Betroffen sind 1520 christliche und 6580 sozialdemokratische Mitglieder, zusammen also 8100 Arbeiter. bemerkenswert ist, daß der Westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband die Kluspernung über alle Organisationen verhängt ohne Rücksicht, welche Organisationen an dem Streit, der zur Kluspernung führte, beteiligt waren. Ein Beweis, daß es sich viel mehr um eine Angriffsmaßregel der Unternehmer handelt, als um eine Abwehr. Verhandlungen, die geführt worden sind, haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Der sozialdemokratische Stukkaturverband hat seinen Anschluß an den sozialdemokratischen Bauarbeiterverband geschlossen. Die vorgenommene Urabstimmung ergab 6499 für und 3193 Stimmen gegen den Anschluß. Nunmehr wird der schwabische Christian Odenthal bald seinen Maulkorb haben.

„Sitz Berlin“ ist am sternen. Zu unserem Artikel „Neues vom Sitz Berlin“ schreibt der „Arbeiter“: „Die Baugewerkschaft“ verschwendet in seiner letzten Nr. 43 in zwei langen, gesperrt verhängten Säulen seinen Witz, um gegen den katholischen Arbeiterverband anzufangen. Beleidige die Ausdrücke gegen die Leiter des katholischen Arbeiterverbandes sowie gegen den Diözesanpräses der katholischen Jugendvereine der Diözese Breslau wechselt unter der Überschrift: „Neues vom Sitz Berlin“ ab mit den schon längst bekannten, oft widerlegten und darum nicht mehr neuen und wahren Behauptungen und Angriffen gegen den Arbeiterverband selbst. Wir gehen natürlich nicht auf diese Angriffe ein; uns genügt es, auf diese traurige Art der Verteidigung einer Sache, wie daß durch die „Baugewerkschaft“ geschickt hingewiesen zu haben.“

So freist man gegenüber begangenen Nichtsnutzigkeiten und halslosen Behauptungen, spielt obendrin sogar noch den Beleidigten. Damit kommt „Sitz Berlin“ bei uns nicht durch. Was schreiben wir? Nachdem wir das Elend, in dem sich die Fachabteilungen befinden, gekennzeichnet, und den Kampf, den „Sitz Berlin“ gegen die christlichen Gewerkschaften führt, hieß es:

„Auch vor ärgerlichen Verunglimpfungen schrekt man nicht zurück. So rebete nach dem Protokoll vom diesjährigen Delegiertentag (Seite 8) vom „Sitz Berlin“ Herr L. Journelle von den „vereinigten christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften.“ Das das eine wissenschaftliche Unwahrheit ist, stellen wir hiermit fest. Herr Windolph, der Gehilfe des Herrn Journelle, konstruierte sich verlorenes Jahr in seinem Buch „Das Christentum der christlichen Gewerkschaften“ ein interkonfessionelles Christentum zusammen und erklärte dazu: „Wer mit christlichen Gewerkschaften und mit Freunden und Bekannten dieser Bewegung Führung hat, wird wissen, daß die drei solchen interkonfessionellen Christentum auch in katholischen Kreisen vertreten wird.“ (S. 37) Wir bemerken dazu: „Herr Windolph wird der Beweis für diese Behauptung nicht erbringen können, wir verlangen unter allen Umständen die Angabe von Namen. Wir wollen Klarheit, ob es sich um eine beweislose Verdächtigung, also um eine Verleumdung handelt, oder ob das auf Wahrheit beruht.“ Herr Windolph ist die Antwort schuldig geblieben, er hat seine Behauptung, die nichts als eine Verleumdung ist, noch nicht einmal zu beweisen versucht. Das man ihm freilich schwerer fällt, als wenn er seinen Nachfolger im K. K. B. zu Bochum auf seine Neuerungen hin überwachen läßt.

In ähnlichen Bahnen bewegen sich die Verherrungen des Präsidenten der katholischen Junglingsvereine für die Diözese Breslau, Herrn Kuratus Baron, der laut obengenannten Protokoll (S. 131) die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften hinsichtlich der jugendlichen Arbeiter behandelt und dann urteilt: „Die christlichen Gewerkschaften werden vielmehr, da sie in der praktischen Behandlung des Arbeitsverhältnisses mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften auf denselben Boden stehen, und da sie auf wirtschaftlichem Gebiete, wie ja die Erfahrung genügend gelehrt hat, Kampfgenossen der Sozialdemokratie sind, für die jugendlichen katholischen Arbeiter allmählich eine Brücke zur sozialdemokratischen Gewerkschaft bilden.“ Natürlich wird das in Sperrdruck und das Wort „Brücke“ sogar in Fettdruck hergehoben.“

Das hatte „Sitz Berlin“ zu beweisen. Und weil wir von vorherherein wußten, daß er auf solche Art über seine halslosen Behauptungen und Unwahrheiten, Verleumdungen und Verdächtigungen hinweggleiten würde, haben wir die Fassung so gewählt, daß er, will er diese Dinge nicht auf sich sitzen lassen, den Weg zum Gericht wählen kann. Wenn er Lust dazu hat, kann er sich also seine „beleidigte“ Ehre wieder reparieren lassen. Wir betonen hier ausdrücklich, daß wir das wünschen. Gegen solche Nichtsnutzigkeiten und halslose Verdächtigungen gibt es keine andere Abwehr.

Für die Wahlkasse der sozialdemokratischen Partei in Leipzig bewilligte eine am 23. Oktober stattgefunden Versammlung des „freien“ Bauarbeiterverbandes 3000 Mark. (Leipziger Volkszeitung Nr. 251.) Der Antrag dazu war vom Vorstand gestellt.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gespielt sind: Düsseldorf, die Firma Jenzen für Zimmerer, Berlin (Dachdecker) die Firma Ullmann, Aderstr., Offen (Fliesenleger) Sperrre über die Essener Baumaterialien, Betriebsgesellschaft Langen & Comp., Köln, für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen, Lüdinghausen (Stein der Maurer und Baubildarbeiter), Mülheim, Bochum (Sperrre über den dortigen Kirchenbau), Duisburg, Fliesenleger (Sperrre über den Zwischenmeister Kristein), Hammisch (Sperrre über Pavlisch) wegen Platzregelung. Wilhelmshaven (Sperrre über Kaufleute der Firma Holzmann & Co.). Zugang ist fernzuhalten.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Dortmund. Die Zwischenmeister Bienenholz-Dortmund, Sommerseifen-Hombach-Saarp., Kreuzkamp-Merklinde und Hammheim-Dortmund (früherer Vorsteher der Bahnstelle Dortmund des freien Fliesenlegerverbandes) sind für alle Fliesenleger gesperrt. Arbeit wird den Kollegen auf dem Bureau, Westerholzstraße Nr. 64, nachgewiesen.

Gesetzlich Busham.

Hamm i. W. Für die hiesigen Plattenleger ist ein Tarif für das Rohrgewicht Hamm abgeschlossen worden. Den im vorigen Jahre abgeschlossenen Bezirkstarif erkannten die Hammer Plattenleger nicht an. Es mußte daher ein neuer Tarifentwurf aufgestellt werden. Dieser lehnt sich dem Dortmunder Tarif an. Zu den Befehlungen waren die Herren anfangs nicht zu bewegen. Erst als der Vorsteher des Essener Einigungsbundes,

Herr Naltsch, die Parteien zu einer Aussprache einlud, erschien nur 2 Firmen. Es wurde da ein Einverständnis fortgezettelt, daß weiter ein Tarif abgeschlossen werden sollte. In einer späteren Sitzung wurde der Entwurf angenommen und später unterschrieben. Es wurde gemeinsam mit dem deutschen Bauarbeiterverband gehandelt. In einer Sitzung wurde beschlossen, alle Plattenleger um Tarifanerkennung zu ersuchen. Mit Hilfe einer Fktion wurde der Kollege Ulrich belehnt. Die Firma J. u. Th. Heymann lehnte hochmütig die Anerkennung ab mit dem Motto: „Ihr Leute seien nicht organisiert. Die Firma ist im Kriegsgefeuerverband.“ Erst als die Sperrre verschlossen war und der Kollege, der dort die Plattenarbeiten ausführte, die Anerkennung eintrete, da bekannte sich die Firma, zu unterschreiben. Hervorhoben ist für die hiesigen Kollegen in Plattenlegergewerbe ein und unrichtiges Verhältnis. Mögen die Kollegen nun auch darauf die Kollegen selbst. Gerade die Plattenleger müssen in diesem aber, welche zu Plattenarbeiten beauftragt werden, ersuchen wiederum, sich streng an den neuen abgeschlossenen Plattenlegertarif zu halten, eventuell sich einen Tarif zu verschaffen. Diese sind auf der Geschäftsstelle zu haben. Mögen die Kollegen nun mehr den Tarif haben und der Organisation, der sie denselben vertrauen, treu bleiben und die Pflicht der Agitation nicht vergessen.

Bezirk Hannover.

Wilhelmshaven. Die Weltfirma Holzmann u. Comp., die in allen Ecken Deutschlands Bauarbeiten ausführt, ist wohl ebenso weltberühmt wegen ihrer wiederholten Versuche, die Bühne zu drücken. Bekannt ist die Firma für den Einsatz bei mehreren Jahren umfangreiche Wasserarbeiten aus. Da dieselbe ihr Hauptmerkmal daran richtet, ihren Aktionen möglichst hohe Dividenden zu sichern, so glaubt sie selbst, die hier am Ort bestehenden Verträge zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht einhalten zu brauchen, indem sie die Zusätze für Wasserarbeiten und Überstunden nicht zahlt. Mit Hilfe unorganisierter Arbeiter, welche bei der Firma Holzmann in hoher Beliebtheit stehen, glaubt dieselbe die Tarifverträge nicht einhalten zu brauchen. Nachdem wiederholt die Bauten delegiert in einem fort entlassen worden waren, legten am 15. Oktober die Männer die Arbeit nieder. Ihnen folgten noch am selben Tage die Arbeiter, so daß der ganze Betrieb ruht. Die Firma nahm etwa 300 Maurer und Arbeiter. Trotzdem die Firma bereits schon eine Woche ruht, zeigt sich die Firma zu keinenlei Verhandlungen bereit, sucht vielmehr durch Streikbrechersagen Arbeitswillige heranzuziehen. Hoffentlich finden sich anderwohl keine Arbeiter, welche es mit ihrer Arbeitsethik vertragen, den Herausforderer zu spielen. Unsererseits sind 16 Kollegen an dem Streit beteiligt. Hoffentlich sieht die Firma Holzmann bald ein, daß sich die Arbeiter das, was sie durch lange, opferreiche Kämpfe errungen haben, nicht durch Herrndankel mit führen treten lassen. Daß letzteres nicht geschieht, dafür wird die Sachamkeit der Kollegen Sorge tragen. Zugang ist also nach hier zu vermeiden.

Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 5. November, der sechzehnzigste Bogen Beitrag fällig ist.

Bezirk Breslau. Der Bezirksvorstand hatte für den Montag, 10. Oktober für etwa 50 Orte Versammlungen angeordnet. Die Versammlungen wurden abgehalten von den Kollegen Pfiffer, Kruppa, Gottschalk, Kremer und Orlitz. Überarbeit wurde das Thema behandelt: Wo stehen wir in der deutschen Arbeiterbewegung und unsere zukünftigen Aufgaben. Die Versammlungen waren an den meisten Orten ziemlich gut besucht und wurden die Vorträge von den Mitgliedern mit großem Interesse entgegengenommen. Hoffentlich haben die Versammlungen dazu beigetragen, um den Mitgliedern neue Anregungen zu weiterer Arbeit zu geben. Die Versammlungen dienten gleichzeitig als Einleitung in die Herbst- und Winteragitation. Mögen doch daher die Kollegen ausschließlich eifrig an derselben beteiligen und das Gehörte in die Tat umsetzen.

Zimmerer.

Düsseldorf. Am Samstag, den 21. Oktober, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die gut besuchte Versammlung entschied sich zur Wahl eines gänzlich neuen Vorstandes für das kommende Geschäftsjahr, aus welcher hervorging: als 1. Vors. Koll. Joz. Demmer, als 2. Vors. Becker; als 1. Schriftführer Koll. Joz. Kettner, als 2. Vors. Fröhlich; ferner wurden die Vors. Beider und Fröhlich in den Verwaltungsausschuß, Koll. Ausschuß, Vors. Trappen in das Kartell gewählt. Vors. Kettner referierte dann über die Pflichten eines Vorstandes und sprach die Hoffnung aus, daß der neue Vorstand sich seiner Pflicht voll und ganz bewußt sein möge, damit unsere Zinsen neverzahlstellen auch hier immer mehr Boden gewinne. Auf das Gelingen des letzteren brachte der Vorsitzende am Schluß ein Hoch aus, welches begeistert aufgenommen wurde.

Stukkaturen.

Gelsen. Samstag, den 21. Oktober, tagte im Verbandslokal eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung. Der Erledigung waren folgende Punkte: 1. Geschäftliches, 2. Bericht von der S. Generalversammlung in München, 3. Vortrag des Kollegen Kirchner, 4. Verschiedenes. Nach Abwicklung unserer Angelegenheiten sowie Aufnahmen bzw. Abschaffungen in unserer Organisation erstattete der erste Vorsitzende Kollege Gude in ausführlicher Weise Bericht von der Generalversammlung. In der sich anschließenden Debatte zeigten sich sämtliche Diskussionsredner sowie die ganze Versammlung weitläufig gewogen. Den Beschlüssen der Generalversammlung ihre volle Anerkennung zu zollen. Kollege Kirchner referierte über das Thema: Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiterschaft und ist daselbe verbessерungsbedürftig? Die Materie wurde von Referenten in großzügiger Weise den Mitgliedern veranschaulicht. Er beschreibt den Verdegang der bislangigen gesetzlichen Bestimmungen und die vergrößerten Anstrengungen der Unternehmer, die sich fortwährend bemühen, um das Koalitionsrecht der Arbeiter einzudämmen. Weiter illustrierte der Redner an Hand der verschiedenen Gesetzesparagraphen den Standpunkt, welchen einzelne Rechtsbehörden zu ungünstigen der Arbeiterschaft einerseits und zugunsten der Unternehmer andererseits eingenommen haben. So zeigt das Wörterbuch „Wassenius“ das oft nicht ganz zu Unrecht geprägt ist. Seine seriosen Ausführungen gipfeln darin, daß ein jeder Gewerkschaftler bei dem weiteren Zusammenschluß unserer Organisation seinen Mann stellen möge, solle jedes in der Zukunft in einem noch weit größeren Maße aktionsfähig sein als bisher. Wie eine Fiktion aus mit einem geschnittenen Truppenmaterial mit Erfolg zu schlagen sei, so seit auch Schlägerei nur mit wohlgeschulten und geschickten Gewerkschaftlern mit Erfolg geführt. Er zieht es in sich, wenn er die Menschen einen zu herzen bringen kann. Appelliert mehr wie bisher in den Dienst der guten Sache zu stellen und immer mitzuarbeiten. Der Referent sandte eine Befreiung und versprach die Mitglieder ihr ganzes Wollen und

Wünsten aufzubereiten für die weitere Ausbreitung des Organisationsgedankens unserer Richtung. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde Stellung genommen zur Schreibweise des „Gesessen“ Radde, seines Zeichens Gaukler im „freien“ Stuttgarter Verband, in Nr. 40 des „Stuttgarter“. Weit über 50 Mitglieder, welche an der besagten gen. Versammlung im Palmengarten teilgenommen hatten, erklärten sich als Zeuge, daß Radde dort die nicht abzuleugnende Tätschlichkeit begangen habe, zu erläutern: „Die Bahn der Tarifverträge muß zerstört werden“. Nach Erledigung unserer diesjährigen Jahresfrage wurde die Versammlung geschlossen.

Hagendorn (Solingen). Unser Solinger Gebiet geht zweifellos einer bedeutenden industriellen Zukunft entgegen. Zurzeit ist man in der Nähe unseres Ortes mit dem Bau eines Stahlwerks beschäftigt, das in seinen Dimensionen wohl das bedeutendste seiner Art in Deutschland wird. Einer großen Anzahl Bauarbeiter ist so reichliche Arbeitsgelegenheit geboten. Beitreten sind besonders die Baufirmen Gebr. Kiefer-Duisburg, Pollin u. Brandt-Dortmund und die Firma Huber. Aus verschiedenen Gegenen unseres Vaterlandes hat sich auch eine schöne Anzahl unserer Kollegen dort zusammengefunden, und zu ihrer Freude sei es gesagt: sie haben tüchtige Organisationsarbeit geleistet. Am Sonntag, den 22. Oktober, hatten die Kollegen eine Versammlung im „Völkerhof“ einberufen, zu der als Referent Kollege Schäfer-Saarbrücken erschienen war. Er gab zunächst den Bericht von der Verwaltungsstellenkonferenz und im Anschluß hieran einen Überblick über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Redner gab manche wertvolle Fingerzeige für die Agitation. Besonders gepflegt werden müsse das Baubedientenystem. Mehr Interesse müsse der Frage der jugendlichen Arbeiter entgegengebracht werden. Beklagt wurde das Fehlen einer Abortionlage bei der Firma Gebr. Kiefer-Hubers Bauführer. Bedrohten wir empfehlen, für Abhilfe zu sorgen. Am übrigen nahm die Versammlung einen ansteigenden Verlauf. Mögen unsere Kollegen die noch verbleibenden Herbstwochen tüchtig zur Agitation ausnutzen, damit wir unsere Position in Solingen noch weiter stärken und ausbauen.

Hannover. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 6. Oktober statt. Dieselbe war ziemlich schwach besucht. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende, Kollege Koch. Derselbe ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahr vierzehn Mitglieder- und zwei gemeinschaftliche Versammlungen der Verwaltungsstelle stattfanden. Einige Versammlungen mussten wegen schlechten Wetters ausfallen, was den Bauarbeiter nicht allzuviel Ehre machen dürfte. Die Mitgliederzahl ist in diesem Jahr infolge der schlechten Konjunktur etwas zurückgegangen. Sie betrug im vergangenen Jahre 274, in diesem Jahre mit durchschnittlich 220. Kollege Schneider dachte dem Vorstand für seine treue Mitarbeit im vergangenen Jahre und ergänzte noch einige Punkte. Besonders scharf verurteilte er das Aufräumklagen des Amtsdienstes. Derselbe ist durch den zehnjährigen harren Kampf während etrungen worden und sollte nunmehr auch erwartet werden, daß alles darangeht wird, dem Tarifvertrage Geltung zu verschaffen. Diejenigen Kollegen, welche die Bauten unter Tarif annehmen, sind sich ihrer Handlungswise nicht bewußt, denn sie schädigen damit die Bauarbeiterchaft für mehrere Jahre und an einer weiteren Aufbesserung der Amtsdienste sei daher später nicht zu denken. Der neue Vorstand werde hier sein Augenmerk darauf richten müssen, Abhilfe zu schaffen. Zum Punkt 2, Vorstandswahl, wurde Karl Koch als erster Vorsitzender und Jakob Bode als zweiter gewählt. Zum ersten Schriftführer wurde Hermann Evers und als zweiter Adam Epizenberg gewählt. Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen Ferdinand Braun und Peter Gies. Zum Beisitzer zur Verwaltungsstelle wurde zum Zweck wiedergewählt. Zur Beisitzerdeputation wurden gewählt die Kollegen W. Bachmann, C. Kosmowski und H. Sitter; zu Kandidaten für den Beisitzer wurden August Rieke, als Erstbeisitzer und Otto Seiterling. Alle gewählten Kollegen nahmen das Amt an und verpflichteten, dasselbe nach besten Kräften auszuüben. Im Punkt 3, Verschiedenes, wurde von den Abwesenden befürwortet, daß die Tätigkeitsbeschreibung vereinbart mit dem 1. Oktober eingeführt ist. Mit einem Hoch auf den christlichen Bauarbeiterverband wurde die Generalversammlung geschlossen.

Berlin. Am 27. September fand unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht von der 3. Generalversammlung, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Kollege Claus gab einen ausführlichen Bericht von der 3. Generalversammlung. Dazu behandelte er den Tätigkeitsbericht des Centralvorstandes und wies darauf hin, daß der Centralvorstand im Interesse des Verbandes tüchtig gearbeitet habe. Hierzu berührte er über die Tätigkeit, die von den Deutschen Gewerkschaften, Dr. Sonnenchein-W. Glöckl und Kollegen Berlin-Berlin gehalten wurden. Sie geben uns den Anhalt, daß wir aus mehr als bisher schulen müssen, damit wir unseren Gegnern gewachsen sind. Betreffs Aenderungen des Status des Deutschen Gewerkschaften auf das Unterhauptsgesetz hin. Der Kollegen fand die Änderung zum größten Teil erfüllt worden, auch ist eine Militärunterstützung eingespielt worden. Wir könnten sagen, es ist wirklich wertvoll für die Kollegen geleistet worden. Dazu sei es zu begreifen, daß man dazu übergegangen ist, die Jugend in andere Reihen einzugliedern. Das ist aber auch Pflicht eines jeden Kollegen, dem Betrieb gegenüber keine Beschämungen vorzuwerfen. Zu der Diskussion sprachen auch tüchtige Kollegen sehr einsichtig. Sie 2. Gewerkschaftsleitung wertvoll praktische Arbeit geleistet habe, hauptsächlich in den Unterhauptsgesetzen seien bedeutsame Verbesserungen eingetragen. Sämtliche Zusätzungen entnahmen ihnen der Generalversammlung den Dank für ihre Arbeit aus. In den Vorstand wurden gewählt: als 1. Vor. Dr. Helmrich, Beisitzer 25, als 2. Vor. Dr. Siegmund, Beisitzer 2, als 1. Beisitzer Dr. Siegmund, Beisitzer 2, als 2. Beisitzer Dr. Siegmund, Beisitzer 10; als 1. Sekr. Dr. Siegmund, Beisitzer 38, als 2. Sekr. Dr. Siegmund, Beisitzer 2; als Sekretär Karl Claus und Heinrich Lehning. Sämtliche Gewerkschaften nahmen die Wahl an und vertraten, im Interesse der ganzen Sache nach besten Kräften zu arbeiten.

Berlin. Sonntag, den 21. Oktober, fand zu letzte diesjährige Generalversammlung statt. Zur Tagesordnung standen folgende Sachen: 1. Berichterstattung vom 3. Quartal, 2. Bericht des Vorstandes, 3. Bericht von der Generalversammlung, 4. Verschiedenes. Der Bericht gab den Erfolgen des 3. Quartals einen großen Platz. Seit dem Sommer haben wir eine Menge zu verarbeiten, was zu Müdigkeiten, insbesondere mit jungen Kollegen für die Versammlungen hergebracht. Hätte die jungen Kollegen mitgearbeitet, wie hätten mindestens drei Drittel davon erfolgt. Dasselbe der jungen Kollegen etwas freim ist, liegt sich doch nach diesen herauszulegen. Deshalb kann ich den Kollegen zu einem neuen Werk und arbeitet häufig mit, dann werden wir die Zahl auch wieder erreichen, die wir im Jahre 1906 und 1907 hatten. Es ist wichtig, daß jeder Bauarbeiter von seinem Gewerkschaften ist.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.

Frankfurt am Main. Am 21. Oktober fand die Generalversammlung statt.